

Danziger Zeitung.

Nr. 19235.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gepaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Hamburg, 28. Nov. (W. Z.) Das Morgenblatt des „Hamb. Corresp.“ enthält folgende Meldung aus Berlin: In russischen Blättern wird die Nachricht verbreitet, daß deutscherseits in jüngster Zeit der Versuch gemacht worden ist, die handelspolitischen Beziehungen mit Rußland wieder anzuknüpfen. Wie wir erfahren, entbehren diese Nachrichten jeglicher Begründung.

London, 28. Novbr. (W. Z.) Gutem Vernehmen nach tritt das Parlament am 9. Februar zusammen. „Daily Chronicle“ meldet aus Tientsin von gestern, der Generalgouverneur Li Hung Tschang habe die Nachricht erhalten, daß kaiserliche Truppen Zeugen der Niedermetzelung der belgischen Missionäre in Fren gewesen seien, ohne eine Verhinderung des Gemeindeforts zu versuchen. Die mongolischen Rebellen befänden sich auf dem Marsche nach dem Süden. Ein Zusammenstoß mit kaiserlichen Truppen scheint bevorzustehen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 28. November.

Eine große Sitzung.

Die gestrige erste Berathung des Reichshaushalts stellt sich als die bedeutendste Sitzung dar, die das Haus seit geraumer Zeit erlebt. In gewisser Beziehung kann man sie mit derjenigen vom 6. Februar 1888 vergleichen, wo Fürst Bismarck seine große Rede über die äußere Politik hielt. Die äußere Gestaltung entsprach allerdings nicht ganz dieser Bedeutung. Es waren zwar mehr Mitglieder im Hause anwesend, als bei den Berathungen der letzten Tage, immerhin machte das Haus keinen vollen Eindruck. Auch die Tribünen waren nicht so gefüllt, als man das sonst bei solchen Anlässen gewöhnt ist. Dagegen herrschte eine solche Fülle an den Bundesrathssitzungen, daß der Raum um das Präsidium völlig besetzt war, und so gab denn seit langer Zeit zum ersten Male wieder die erste Etatsberathung zu einer nührenden politischen Verhandlung Anlaß. Bisher hatte es meist in Abwesenheit des Reichskanzlers bei einem einleitenden Vortrag des Staatssekretärs im Reichsschatzamt, der sich auf die Wiedergabe der im Etat enthaltenen Ziffern in freier Rede beschränkte, und den Aussprachen der Vertreter der einzelnen Parteien sein Berenden. In den letzten Zeiten des Bismarck'schen Regiments mußte es immer von neuem einen peinlichen Eindruck hervorrufen, daß die scharfen Kritiken, welche von Seiten der Linken gegen den Etat und damit gegen die gesammte Finanz- und Steuerpolitik der Regierung erhoben wurden, von dem Lische des Bundesrathes aus ohne Entgegnung, d. h. unberücksichtigt blieben. Fürst Bismarck glaubte, eine solche Vertheidigung entbehren zu können; hatte er doch seine Cartellmehrheit. Mit dieser Methode ist es nun zu Ende.

Schon vor Beginn der Sitzung verlaute im Foyer, daß Herr v. Caprivi das Wort ergreifen werde. Zunächst aber hielt (wie bereits telegraphisch gemeldet) der Schatzsekretär v. Matkahn den üblichen Vortrag über den Etat, aus dem nur erwähnt werden mag, daß das Haus gebeten wurde, über die größten Mehrforderungen (für Artillerie) im Militäretat und über die halbe Million geheimer Fonds im Etat des Auswärtigen die Verhandlung in der Budgetkommission abzuwarten. Im Namen der freisinnigen Partei nahm alsdann der Abg. Rickert zu einem 1/2stündigen, umfassenden Vortrag das Wort, in welchem er unter Erörterung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands bedauerte, daß der Etat die gegenwärtige finanzielle und gewerbliche Situation nicht genügend berücksichtige. Seine Partei werde alle wirklich notwendigen Ausgaben bewilligen, aber auch nur diese. Auch die Finanzkraft des Landes sei die Voraussetzung der Leistungsfähigkeit im Kriege. Herr Rickert wies alsdann auf die Bemühungen hin, die Bevölkerung über die innere wie über die auswärtige Lage zu belehren. Insbesondere wünschte er eine Auskunft des Reichskanzlers über den (gestern bereits von uns des näheren besprochenen) Artikel des „Deutschen Wochenblatts“, der von der Amtsmündigkeit des Reichskanzlers spreche und eine entscheidende Wendung unserer inneren Politik als bevorstehend bezeichnet. Schon daraus, daß der Artikel des freiconservativen Mitgliedes des Abgeordnetenhauses, Dr. Arendt, von dem Bedürfnis der festen Hand des starken Steuerherrschafters, der dem Staatschiff wieder einen unumwandelbaren sicheren Kurs verleihen solle, gehe hervor, wer der angeblich kommende Mann sein solle. Als Rickert dem Reichskanzler einen Abdruck des Artikels des „D. Wochenblatts“ zur Verfügung stellen wollte, machte dieser eine abweisende Handbewegung und wies auf ein in seinen Händen befindliches Blatt hin — natürlich unter großer Heiterkeit der Versammlung. Von dem Augenblicke an wußte man, daß der Reichskanzler in den Reichstag gekommen war, um mit den Beunruhigungs-politikern, welche ihre Instruktionen aus Friedrichshagen beziehen, Abrechnung zu halten. In der That war die Rede, mit der Herr v. Caprivi die Aufforderung des Abg. Rickert beantwortete, nur scheinbar und äußerlich an die Adresse des „D. Wochenbl.“ gerichtet, in Wirklichkeit zielte sie nach Hamburg und dem Sachsenwalde. Und noch bei keinem früheren Anlaß — das muß man gestehen — hat sich die Methode

der Caprivi'schen Politik so vollkommen bewährt, als bei dem gestrigen Feldzug gegen den Beunruhigungs-Bacillus und diejenigen, die sich um die Reincultur desselben bemühen, und man kann nur bedauern, daß der Abgeordnete für Geistesmünde in der Sitzung nicht anwesend war, um für das, was er in der Presse als seine Auffassung verbreiten läßt, in offener Weise einzutreten. Schon die ersten Sätze, mit denen Herr v. Caprivi seine Rede einleitete, bewiesen, daß Herr Rickert auf der richtigen Fährte gewesen war. Offenbar war es Herrn v. Caprivi ganz erwünscht, sich einmal vor der weitesten Öffentlichkeit mit seinen Widerstrebungen, die bisher nur in der Presse hervorgetreten sind, auseinanderzusetzen, nicht um „Zeitungsschreiber“ zu belehren, sondern um die Welt des Handels und der Arbeit vor der Anfechtung durch die Beunruhigungs-politik zu schützen.

Herr v. Caprivi ist kein großer, die Zuhörer hinreißender Redner; aber er verfügt über ein großes Maß gesunden Menschenverstandes, und der Humor eines Mannes, der über den Dingen steht, verschönt auch dann, wenn er mit scharfen Worten den Gegner an seiner verundbarsten Stelle trifft. Herr Rickert hatte in seiner Rede die Erwartung ausgesprochen, daß endlich auch einmal im Reichstag, wie das in anderen Parlamenten üblich ist, der leitende Minister sich über die Politik der Regierung und über die allgemeine politische Lage aussprechen und daß Herr v. Caprivi seine Osnabrücker Rede in dieser Richtung ergänzen möge. Dieser berechtigten Erwartung hat der Reichskanzler entsprochen und für den, der nicht das Bedürfnis hat, sich um jeden Preis zu beunruhigen, hat er sich mit einer Klarheit und Bestimmtheit ausgesprochen, die nichts zu wünschen übrig läßt. Man braucht nur seine Auseinandersetzung über die russische Reise des Kaisers, über die Kronstädter Vorgänge und die Stellung Frankreichs und über die Militärpessimisten herauszusuchen. Diese ganze Ausführung gipfelte in der Erklärung, daß die Kriegsgefahr sich in keiner Weise verschärft habe, und das wird freudigen Widerhall finden in der ganzen Welt. Ein Minister, der nicht nur für die innere, sondern auch für die auswärtige Politik Wahrheit und Offenheit als Richtschnur anerkennt, ist in Deutschland eine um so erfreulichere Erscheinung, als wir uns leider so lange gewöhnt haben, die Größe eines Staatsmannes nach der Gewandtheit, die Gegner zu täuschen und zu verhehlen, zu beurtheilen. Man kann ja in manchen Punkten anderer Meinung sein als Herr v. Caprivi; immer aber wird man anerkennen müssen, daß seine Politik eine in sich consequente und von einer einheitlichen Auffassung geleitete ist.

Am deutlichsten trat das in den Ausführungen hervor, die sich auf die sog. polnische Politik der preussischen Regierung beziehen, auf die Zulassung des polnischen Privatunterrichts und die Ernennung des Herrn v. Stabrowski zum Erzbischof von Gnesen und Posen. Gerade diese Entschlüsse haben bekanntlich in weiten Kreisen Beunruhigung hervorgerufen, nicht sowohl der einzelnen Märgel wegen, als weil man in diesen Symptome einer gefährlichen Praxis erkennen zu müssen glaubte. Herr v. Caprivi legte, wenn auch nicht ausdrücklich, gegen diese Unterstellung Verwahrung ein, indem er auf den Willen der Regierung hinwies, alle „staatsbehaltenden“ Elemente zu sammeln. Und auch die Befürchtung, daß die Regierung sich die Mitwirkung des Centrums durch die Preisgebung wichtiger Rechte des Staates, vor allem auf dem Gebiete des Schulwesens sichern wollte, wies der Reichskanzler durch die treffende Wendung zurück, er habe nicht die Absicht, auf dem Stuhle irgend einer Partei Platz zu nehmen.

Von besonderer Wirkung war gerade im Munde des Reichskanzlers-Generals der Protest gegen die Ausstreunungen der „Militärpessimisten“, die sich immer geberden, als ob die Regierung zu jaghaft sei, das Nothwendige zu fordern und dadurch die Sicherheit Deutschlands dem Auslande gegenüber aufs Spiel setze. Der Reichskanzler, der selbst Militär ist, legte Verwahrung ein gegen die leibliche auch vom Kriegsminister adoptierte Methode, die Bedeutung der Armee lediglich nach der Truppenzahl zu beurtheilen, ohne deshalb die weitere Ausnutzung der steigenden Bevölkerungsziffer für die Armee abzuweisen. Herr v. Caprivi kündigte sogar — ob für den nächsten Jahre oder für den nächsten Winter, wird erst der stenographische Bericht ergeben — eine Vorlage an den Reichstag in dieser Richtung an; ob dabei die Frage der Abkürzung der Dienstzeit in Betracht kommen soll, war aus seinen Worten nicht zu entnehmen. Dagegen kündigte er die Vorlegung der Handelsverträge an den Reichstag für die zweite Woche des Dezember an.

Die Wärme, mit der der Reichskanzler erklärte, er sei nie so schaffender Freude voll gewesen, als bei der Ueberwindung der Schwierigkeiten, welche sich dem Abschluß dieser Verträge im In- und Auslande herausgestellt hätten, wird für die Gegner der Verträge eine verständliche Mahnung sein.

Ausnutzung der Wasserkraft bei Kanalisirungen.

Die Kanalisirung der Flüsse zur Hebung der Schiffbarkeit hat früher nur vereinzelt stattgefunden. Erst mit der so erfolgreichen Kanalisirung des Mains ist ein Unternehmen dieser Art von mehr als lokaler Bedeutung, wie sie die Kanalisirung der Saar, der Braye u. s. w. nur beanspruchen kann, durchgeführt. Eine Reihe ähnlicher Unternehmungen von erheblicher Bedeutung sind

theils im Gange, wie die Kanalisirung der oberen Oder und der Zula, theils geplant, wie die Kanalisirung der Mosel und der Weser bis zum Mittellandkanal. Bei Anlagen dieser Art werden durch die Stauwerke, durch welche die nöthige Wassertiefe in den verschiedenen Flußstrecken erzielt wird, zugleich erhebliche Wasserkraften gewonnen. Bisher ist deren wirtschaftliche Verwerthung nur in einigen besonderen Fällen möglich gewesen, soweit die Lage der Stauwerke sich dazu eignete. So soll die bei dem unmittelbar an der Stadt Frankfurt a. M. belegenen Nadelwehr gewonnene Wasserkraft der letzteren behufs Verwerthung zur Vereinfachung von Kleinmachinen für die dortigen Kleingewerbe überlassen werden und eine andere ebenso gewonnene Wasserkraft soll für den von der Stadt Bromberg unternommenen großen Umschlagshafen an der Braye nutzbar gemacht werden. Die Entwicklung der Elektrotechnik legt aber den Gedanken einer ausgiebigeren Ausnutzung der bei den Kanalisirungen gewonnenen Wasserkraften nahe. J. B. soll die Mosel nicht weniger als 40 Wehre erhalten, deren Wasserkraften bei der Möglichkeit der Uebertragung der Kraft auf weite Entfernungen augenscheinlich sowohl als Motoren für den Schiffahrtsbetrieb auf dem Flusse selbst wie bei den benachbarten Städten und industriellen Establishments nutzbar gemacht werden könnten. Es sind daher mit den ersten Autoritäten auf dem Gebiete der Elektrotechnik Verbindungen nach der Richtung angeknüpft, völlig sichere Unterlagen für die Nutzbarmachung solcher Wasserkraften zu gewinnen. Ebenso sind Studien und Versuche betreffs Verwendung der Elektrizität als Triebkraft für die Schiffahrt auf Kanälen im Gange.

Die Papstfrage in der österreichischen Delegation.

In der gestrigen Plenarsitzung der österreichischen Reichsrathsdelegation befaßte der Abgeordnete Jallinger die Papstfrage, indem er auf die in der letzten Zeit in Rom vorgestellten Vorgänge hinwies. Die Idee der Selbstständigkeit der Kirche sei nicht durch Kanonen aufzuhalten; dieselbe bliebe keine italienische, sondern eine internationale, katholische Frage. Der Anspruch des Papstes auf volle Souveränität auf eigenem Territorium sei durchaus legitim und eine Sünde aller Legitimität. Der Abg. Giff fragte, ob die Ausführungen Jallingers sich innerhalb des Rahmens der Erhaltung des Friedens bewegten. Die Politik der Zukunft müsse eine Politik gegenseitiger Verzichtleistungen sein. Ein europäischer Krieg würde nur das wirtschaftliche Uebergewicht Nordamerikas steigern. Die Abgeordneten Demel und Falkenhagen sprachen dem Grafen Kalnoky unter Beifall des Hauses ihr und ihrer Parteigenossen volles Vertrauen aus. Der Referent Fürst Windischgrätz gab seiner persönlichen Sympathie für die Ideen Jallingers Ausdruck und sprach die Hoffnung aus, daß die friedliche Lösung der Frage der weltlichen Macht des Papstthums in katholischen Sinne durch Italien selbst erfolgen werde.

Darauf erging der Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoky, das Wort. Er erklärte, der Abg. Jallinger habe mit seiner Ausführung ein Problem angeregt, dessen praktische Lösung bisher nicht gefunden sei. Auch er könne sich somit in eine nähere Erörterung über diesen Punkt nicht einlassen, wolle jedoch zweierlei hervorheben. Erstens bestiehe die Bevölkerung Oesterreich-Ungarns größtentheils aus Katholiken. Deshalb wünsche die Regierung in richtiger Würdigung der berechtigten Empfindungen derselben für den Papst eine Stellung, welche eine völlige Unabhängigkeit in sich schließe, wie sie dem Haupte der katholischen Kirche nothwendig sei. Zweitens gehe der Wunsch der Regierung dahin, daß zwischen dem Papstthum und dem italienischen Königreiche Frieden bestiehe. Die Bevölkerung Oesterreich-Ungarns wünsche jedoch allgemein mit der italienischen Nation in Frieden und Freundschaft zu leben. (Beifall.) Oesterreich-Ungarn sei mit Italien in ein politisches Bündniß getreten, welches eine der Grundlagen seiner Politik sei. (Lebhafter Beifall.) Man könne somit nicht in das von Jallinger angeregte Problem eingreifen ohne die Gefühle der italienischen Nation zu verletzen, welche zu verletzen Oesterreich-Ungarn keinen Anlaß und keinen Wunsch habe. (Rufe: „Gut!“) Uebrigens wolle er aus alledem keine Schlussfolgerung ziehen, weil die Lösung des fraglichen Problems bisher noch niemanden gelungen sei. (Lebhafter Beifall.)

Das Budget des Ministeriums des Aeußern wurde sodann unverändert angenommen.

Beendigung des Strikes im Pas de Calais.

Die Nacht von Donnerstag zu Freitag ist im Strikegebiet des Departements Pas de Calais ruhig verlaufen, der Ausstand dauert jedoch in vollem Umfange fort. Die 5 Schiedsmänner der Arbeiter haben beschlossen, am Nachmittag auf der Präfektur zu Arras mit den 5 Schiedsmännern der Kohlegesellschaften eine Besprechung zu halten. Angeblich bereiten sich einige Zagen ausländische Agitatoren das Kohlenbassin des Nord-Departements und fordern zum Ausstand auf. Die Mehrheit der Arbeiter verhält sich jedoch gegen jede Arbeitseinstellung abgeneigt. Das 16. Dragoner-Regiment ist aus dem Lager von Châlons im Strikegebiet entlassen, um an der Aufrechterhaltung der Ordnung mitzuwirken.

Diese Vorsichtsmaßregel ist jedoch glücklicherweise gegenstandslos geworden, da inzwischen eine Einigung erzielt worden ist, wie das folgende Telegramm meldet:

Arras, 28. Novbr. (W. Z.) Die Schiedsrichter der Arbeiter und der Compagnien erhielten ein

Uebereinkommen über alle Streiffragen, ausgenommen über die Zurückweisung wegen Strikehandlungen, welche zurückgestellt wurde. Der allgemeine Eindruck dieses Uebereinkommens ist ein guter. Die Arbeit dürfte Montag oder Dienstag wieder aufgenommen werden.

Thronrede bei Eröffnung der rumänischen Kammer.

Die rumänische Kammer wurde gestern durch den König Carol im Beisein des Erbprinzen Ferdinand feierlich mit einer Thronrede eröffnet, in welcher es heißt, die Bande zwischen der Dynastie und dem Lande seien noch herzlicher und enger geworden, das Jubiläum habe sich inmitten eines unzweifelhaften moralischen und materiellen Aufschwunges vollzogen. Die Beziehungen mit allen Mächten seien dank der Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit der Regierung befriedigende und freundschaftliche; höchst erfreulicher Weise herrsche gegenwärtig Ruhe, wozu man sich um so mehr zu beglückwünschen habe, als der Friede, welcher die größte Wohlthat für alle großen und kleinen Nationen sei, die dringlichste Nothwendigkeit für ein Land bildet, welches wie Rumänien sich mitten in der Arbeit, Umgestaltung und Entwicklung befindet. Der glänzende und herrliche Empfang, welcher dem Könige auf seiner letzten Reise in Italien und Deutschland bereitet worden sei, sei ein neuer Beweis wie sehr sich das rumänische Staatswesen gehoben und dessen Stellung gegenüber Europa befestigt habe. Die Finanzen befänden sich in zufriedenstellender Verfassung, das Gleichgewicht im Staatshaushalte sei hergestellt, der Ueberfluß verspreche dauernd zu werden. Der neue Zolltarif ergebe schon in diesem Jahre einen Mehretrag von 4 Millionen, ebenso seien andere Einkünfte in gleicher Weise gestiegen. Die Thronrede kündigte alsdann Gesetzentwürfe an betreffend die Abänderung gewisser Steuern, die Schaffung einer öffentlichen Leihanstalt, ferner auf dem Gebiete des Cultus- und Unterrichtswesens, sowie auf dem der Verwaltung und der öffentlichen Arbeiten. Sodann werden Gesetzentwürfe betreffend die Herstellung neuer Eisenbahnlinien der Kammer unterbreitet werden, darunter ein solcher zum Eisenbahn-Anschlusse mit Oesterreich-Ungarn, zum Bau einer Eisenbahn von Aradon nach Bukarest, welche die Verbindung mit dem Meere verkürzt, sowie betreffend den Hafenbau in Constanza. Die in der Verfassung erforderlichen Reformen seien bereits verwirklicht, es werden aber Gesetzentwürfe betreffend das Reserve-Offizier-Corps und den Generalstab unterbreitet werden.

Die Thronrede rief den lebhaftesten Beifall hervor. Der König sowie der Erbprinz wurden stürmisch begrüßt.

Die Zustände in Brasilien.

Dem Reuter'schen Bureau wird aus Rio de Janeiro gemeldet, Marschall Fonseca werde sich nach der Insel Paqueta zurückziehen. In der Stadt herrsche jetzt Ruhe. In mehreren Provinzen seien die Gouverneure abgesetzt worden; in Bahia habe dies zu einem Conflict geführt, der jedoch ohne Bedeutung sei. Ein Telegramm der „Times“ aus Santiago berichtet, in der Provinz Rio Grande do Sul herrsche noch Unzufriedenheit, weil die Provinz nur durch einen einzigen Minister im Cabinet vertreten sei. Die ausländischen Truppen in San Pedro ständen noch unter Waffen.

Das nachfolgende, heute eingetroffene Telegramm bestätigt, daß die Provinz Rio Grande do Sul thätig mit der neuen Regierung Frieden noch nicht gemacht hat:

London, 28. Novbr. (W. Z.) Reuters Bureau meldet aus Rio de Janeiro: Das neue Cabinet forderte die Wiedereinführung der abgesetzten Regierung in Rio Grande do Sul. Die Provinz weigert sich indeß und droht gewaltsamen Widerstand an.

Reichstag.

128. Sitzung vom 27. November.

Die erste Berathung des Reichsetats 1891/92 leitete ein Staatssekretär v. Matkahn mit einem Rückblick auf das Etatsjahr 1890/91. Es weist einen Ueberschuß von ca. 15 Mill. Mk. (gegen 10 Mill. des Voranschlages) auf und an Ueberweisungen an die Einzelfaaten etwas über 80 Mill.; abzüglich etwas erhöhter Matricularumlagen stellte sich das Ergebnis für die Einzelfaaten etwa um 33 Mill. besser, als vor Jahresfrist angenommen war. Für das laufende Jahr ist dagegen ein Deficit von 8 Mill. zu erwarten, nämlich eine Mehreinnahme von etwa 7 1/2 Mill. und eine Mehrausgabe von gut 15 Mill. An den Mehrausgaben ist das Auswärtige Amt theilhaftig mit etwa 1 1/2 Mill., zum Theil wegen der Vorgänge in Ostafrika. Der Hauptanteil der Mehrausgaben, 13 Mill., entfällt aber auf das Heer, Brod- und Fourage-Verpflegung wird für Preußen allein um etwa 6 Mill. steigen. Die Marineverwaltung ist an der Ausgabensteigerung um etwa 1 1/2 Mill. theilhaftig. Was die Ueberweisungen anlangt, so würden sie aus Zöllen und Tabaksteuer um etwa 68 1/2 Millionen steigen, aus Brandwein-Verbrauchsabgabe dagegen und aus der Stempelabgabe um 7 1/2 Mill. bezw. 1,7 Mill. Mk. fallen; also ein Gesamt-Mehr an Ueberweisungen um nahezu 60 Mill. Angesichts der in Aussicht genommenen Sollherabsetzungen wird allerdings noch ein Ausfall an Soll-Einnahmen, mithin auch ein Minus an Ueberweisungen eintreten. Eine Schätzung dieses Ausfalles ist zur Zeit noch gar nicht möglich. Was nun den vorliegenden Etat 1892/93 anlangt, so wird an außerordentlichen Ausgaben erheblich mehr gefordert, an ordentlichen dagegen ist die Mehrforderung nur gering, nur 30 Mill.; sie beschränkt sich auf das durchaus Nothwendige. Die Forderungen, speciell für das Heer, lassen sich nicht zurückstellen. Es war in Folge dessen auch leider nicht möglich, die Aufbesserung der Gehälter weiter zu führen. Sehr hoch sind, das gebe ich zu, die Anforderungen an einmaligen Ausgaben. Ich gehe darauf nicht näher ein, es wird darüber bei der

Einzelberathung zu reden sein. Der Etat schließt für die Einzelstaaten so ab, daß die Matriculabträge um 5 Mill., die Ueberweisungen dagegen um 20 Mill. höher abnehmen, so daß also für die Einzelstaaten ein um 15 Mill. günstigeres Resultat sich ergibt. Auf Aenderung der Zölle hat bei Veranlagung der Soll-Einnahmen noch keine Rücksicht genommen werden können. — Wann die neue Anleihe zu begeben ist, steht noch dahin, zumal angesichts des Coursrückgangs, dem die dreiprocentige Anleihe neuerdings unterlegen ist. Der Abwärtsweg der älteren Anleihe wird eine neue Begebung jedenfalls nicht erfolgen. Augenblicklich hat das Reich eine volle Kasse. Auch wenn der Neubedarf eintritt, kann das Reich bei der Regelung der Anleihe noch immer einen günstigen Augenblick abwarten und sich vorübergehend mit Ausgabe von Schatzanweisungen helfen. Ueber den Typus der neuen Anleihe, ob 3procentig, kann ich noch gar nichts sagen. Bei der letzten Anleihe ist der 3procentige Typus nur auf Rath der Sachverständigen gewählt worden. Jetzt begünstigt man vielfach der Ansicht, der 3procentige sei überlebt und nur 4 Proc. möglich, wozüglich unter Berücksichtigung der Nichtconvergenz in diesem Jahrhundert. Auch ich würde das für zulässig halten, wenn das Reich dafür einen entsprechenden höheren Begebungscours erzielt. Aber gegenwärtig erscheint mir dieser Modus doch als inacceptabel. Ich werde mich dazu nur im Falle der alleräußersten Verlegenheit entschließen.

Abg. Richter: Die Rede, die wir gehört haben, hat auf uns den Eindruck gemacht, als ob die Regierung sich der schwierigen Lage bewußt ist, in der wir uns befinden. Sie zieht die Consequenz daraus, daß wir nur notwendige und nicht ausschließbare Ausgaben machen dürfen. Sind aber die geforderten Ausgaben dieser Natur? Im Lande hegt man auch in Kreisen, die nicht freisinnig sind, erhebliche Zweifel darüber, angesichts des jetzigen Standes des Erwerbslebens und der Preisfähigkeit des Geldmarktes. Die erste 3proc. Anleihe wurde zu 87 begeben, die zweite zu 84,4 und der jetzige Cours ist 83,75 — sie ist noch nicht einmal in festen Händen. Die Stimmung im Lande ist großen Engagements wenig geneigt. Freilich, so traurig sehen wir die Dinge nicht an, wie einzelne Aeußerungen in Organen rechts von uns. In einem Münchener Blatt, das Beziehungen zu dem früheren Reichskanzler haben soll, heißt es, noch nie wäre die Stimmung unter den Abgeordneten so gewesen, so lange der Reichstag besteht. „Münchener, Versahrenheit, wohin man blickt.“ (Bewegung.) Und diese Stimmung hat sich in einem noch weiter rechtsstehenden Organe eines freiconservativen preussischen Abgeordneten, dem „Deutschen Wochenblatt“ des Dr. Arndt, so weit verdichtet, daß er einen Vergleich zieht zwischen der heutigen Zeit und derjenigen vor der französischen Revolution. Unzufriedenheit, sagt er, in allen Parteien, allen Ständen und allen Theilen des Reiches. Der Reichskanzler sei amtsmüde und es stehe eine entscheidende Wendung bevor. (Nebner bietet dem Reichskanzler den Artikel an, derselbe zieht aber, daß er ihn schon habe. Große Heiterkeit.) Ist der Reichskanzler wirklich so amtsmüde? Leben wir in einer Zeit wie vor der französischen Revolution? Eine entscheidende Schilberung! Ich bin nur froh, daß sie kein freisinniges Citatete hat. (Heiterkeit.) Was wäre das für ein Schloß gewesen. Der Verfasser verlangt einen starken Steuermann, der dem Staatskassirer wieder einen unumwandelbaren sicheren Cours gebe. Wieder! Das läßt die Richtung der Gesinnung des freiconservativen Abgeordneten erkennen. (Heiterkeit.) Zu gleicher Zeit sind auch Gesundheitsrathspräsidenten aufgetaucht, welche Hrn. Herrfurth veranlassen sollen, sein Amt niederzulegen. Natürlich, gerade wo er dabei ist, die Einführung der Landgemeinderordnung in die Wege zu leiten! Es ist richtig, die Stimmung im Lande ist keine rosige, aber wie kommen gerade die Herren zu diesem Pessimismus, welche alles gekostet haben, die Politik zu unterstücken, die dies Resultat gehabt hat? Wir sind gerecht und billig genug, nicht den jetzigen Ministern die Schuld für diese Stimmung aufzuladen. Sie haben die schwere Erbschaft übernommen und wir haben nur an ihnen anzuklopfen, daß sie sich darin nicht schneller lösteten, als es geschieht. Wenn jetzt diejenigen sich beklagen, die geschwiegen haben, als es Zeit war zu reden, was sie jetzt die bitteren Früchte der Politik ernten, die sie selber aufgebracht haben (Sehr richtig), so ist das unbegründlich. Was wir jetzt erleben, was ist es denn anders, als die Folge des unglücklichen Bismarck'schen Systems in der inneren Politik? (Sehr richtig.) Wäre es nicht, sehr richtig links.) Jetzt plötzlich verlangen sie selbständige Charaktere auch in der Volksvertretung dem Ministerium Caprivi gegenüber. (Heiterkeit links.) Wo waren Sie denn, als es galt Bismarck gegenüber die Stirne zu bieten und die Pflichten als Volksvertreter zu erfüllen? Dilettantismus und Servilismus können keine guten Gesetze machen — so heißt es. Sehr richtig! Wer hat aber diesen Dilettantismus und Servilismus in die Höhe gebracht? Das liegt doch klar auf der Hand! Wir würden es begrüßen, wenn die jetzige Regierung nicht so langsam und mühsam, sondern schnell und entschlossen sich loslagte von der früheren Politik. Wir erkennen an, was geschehen ist: die Aufhebung des Socialistengesetzes, die Aufhebung des Paphwanges in Elsaß und eine Reihe anderer Maßregeln! Aber es bleibt noch viel zu thun übrig. Die gegenwärtige Mißstimmung im Lande ist hervorgerufen durch die wirtschaftliche Depression und dieser sollte der Etat mehr Rechnung tragen als es geschieht. Die Mehrausgaben übersteigen die Mehreinnahmen um 5 Millionen. Die Regierung verlangt von uns 159 Millionen für außerordentliche Zwecke (67 Millionen mehr als im Vorjahr), obgleich sie noch 138 Millionen verfügbare bewilligte Credit hat. Das kann doch so nicht weiter gehen. Unsere Schuld würde damit wieder um 300 Millionen wachsen. 1876 hatten wir noch keine Schulden, jetzt 100 Millionen über 1 1/2 Milliarden. Die Börse ist empfindlich geworden. In den letzten Jahren sind 2 Milliarden Staats- und Reichsanleihen an den Markt gebracht. Der Credit ist nicht mehr so flüssig. Wenn eine Ausgabe auf Anleihe kommt, meint man, das trifft die Zukunft, aber wir haben jetzt schon 60 Millionen Zinsen jährlich zu zahlen. In Oesterreich und Italien hat man Schicht gemacht. (Nebner geht auf diese Verhältnisse näher ein, wonach in Italien in dem Etat von 1892/93 140 Millionen Erparnisse gemacht wurden.) Freilich, es giebt noch Leute auch bei uns, welche die öfterreichischen Minister angreifen, daß sie nicht genug für das Militär ausgegeben. In einem frommen Berliner conservativen Blatt heißt es, daß jeder verständige Mensch in Oesterreich wisse, daß es zum Kriege zwischen Oesterreich und Rußland kommen müsse, und daher müßten die Rüstungen energischer fortgesetzt werden. Diese Kriegstrophete sind ein wahres Äußerlich für die Wäther. Sie hehen fortwährend zu Rüstungen, das ist ihr Sport. Immer malen sie den Kriegsteufel an die Wand, statt zu beruhigen. Gegen Rußland sind in den letzten Tagen sehr wenig freundliche, geschäffliche Aeußerungen in der Presse laut geworden. Man hat sich den Anschein gegeben, als ob man das Ministerium Caprivi daran mahnen müsse, das Ansehen und die Würde des Reiches gegenüber Rußland zu wahren. Das überlasse man doch ruhig der Regierung; wir, die Männer des Volkes, haben wahrhaftig nicht den Beruf, in dieser Beziehung Stimmung zu machen. Deutschland will auch mit Rußland in Frieden leben und wird sich freuen, wenn wir endlich mit ihm in wirtschaftlicher Beziehung zu einer Annäherung kommen. Nicht nur die Arbeiterklasse, wie Bebel im vorigen Jahre meinte, sondern alle Klassen der Bevölkerung wünschen und drängen zum Frieden. Ist Bebel's Aeußerung auch in Bezug auf Frankreich richtig? Ist Elsaß-Lothringen für sie ansgiltig erledigt? Dann stünde es besser um den Frieden. Auch Bebel hat in Berlin in einer Volksversammlung den Kriegsteufel zu sehr an die Wand gemalt. Wozu diese Schwarzseherei? Der Krieg mit seinem unfählichen Glend kommt immer noch früh genug. Wenn die Minister aller Staaten sich abmühen die Beunruhigung des Erwerbslebens zu beseitigen dann sollten wir Alle sie darin unterstützen. Ich bin überzeugt, der Herr

Reichskanzler wird uns vollauf befähigen, daß auch die deutsche Regierung keinen Grund zu einer Beunruhigung in der auswärtigen Lage sieht und er wird mit einer friedlichen Rede den Kriegstreibern einen Halt zurufen. Obwohl wir vertrauen, daß der Friede erhalten bleibt, sind wir doch nicht solche Schwärmer und Idealisten, daß wir meinen, wir könnten abstrusen, ja, schlagfertig müssen wir bleiben, um den status quo, wenn es Noth thut, zu verteidigen. Darin sind wohl alle Parteien in Deutschland einig. Was wir verlangen ist nur, daß wir Alles, was nicht dringlich ist zurückziehen, gerade mit Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage. Nach dieser Richtung hin werden wir wohl manche Position im Militäretat streichen können, ohne daß die Schlagfertigkeit des Heeres beeinträchtigt wird. Bei der Position: Verstärkte Uebungen 3 3/4 Millionen mehr möchte ich noch ein großes Fragezeichen haben. Diese Forderung hat uns überfallen, nachdem wir in den letzten Jahren 11 1/2 Millionen extraordinär zu solchen Uebungen bewilligt haben, welche vielleicht noch nicht einmal verausgabt sind. Seit 15 Jahren ist das Ordinarium auf diesem Titel unverändert. Nach unserer Berechnung haben bisher geübt 149 000 Mann mit 2 1/2 Millionen Uebungstagen. Im Durchschnitt 16 1/2 Tage. Jetzt verlangt die Regierung 1/4 Million Mann mit 4 1/2 Millionen Uebungstagen, also beinahe das Doppelte, 20 Uebungstage im Durchschnitt. Weshalb so plötzlich? Ueber den Militäretat will ich nur noch der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Commission zufriedenstellende Erklärungen erhalten wird über die Frage der zweijährigen Dienstzeit. Früher lehnte man diese schroff ab. Jetzt discutirt man sie wenigstens und soll sogar Proben an einzelnen Regimentern anstellen. Glück auf so solchen Vorhaben! Hoffentlich werden sie bald zu dem Resultat führen, der, wie Herr v. Bennigsen sagte, eminent populäre Forderung gerecht zu werden. Der wichtigste Etat ist der der Marine. Seit 1874 ist das Ordinarium desselben fast um das Dreifache, das Extraordinarium um das Doppelte gestiegen. In dem Etat ist eine Bemerkung, welche so gedeutet werden könnte, als ob nur die Denkschrift von 1873 erfüllt wäre. Es ist nicht so. Herr v. Stosch legte 1873 einen Plan für die nächsten 10 Jahre vor. Er band sich darin nicht in Bezug auf die Schiffsklassen, wohl aber hat er in Bezug auf das zu fordernde Geld sein Versprechen gehalten. Im Ordinarium ist er sogar hinter den Forderungen nach 10 Jahren zurückgeblieben. Wollen Sie uns eine solche Garantie geben? Herrn v. Stosch haben wir eben deshalb unterstützt, weil wir genau wußten, wohin er uns führte und was es kosten würde. Jetzt haben wir keinerlei klaren Blick über das, was man will. In jedem Jahr ändern sich die Summen, die Pläne und die Motive. Unsere Kritik ist keine der Marine unfreundlich, aber sie muß schärfer werden, weil wir das Ende nicht absehen können. Als Caprivi noch Chef der Admiralität war, erklärte er vor 3 Jahren: gibt mir 8 Millionen für den Schiffbau bis 1893 in jedem Jahr. 10 Millionen werden es vielleicht später werden. Und sofort als er abgegangen war, vor 3 Jahren, verlangte man 38 Millionen in einem Jahr, im vorigen Jahr 35 und jetzt 28 1/2 Mill. Die Denkschrift, welche man uns vor 2 Jahren vorlegte, ist schon wieder nicht mehr richtig. Der Abschied des Herrn v. Caprivi und der Eintritt des Grafen Mons bedeutete einen Wendepunkt. Graf Mons erklärte uns im November 1888: „Erst mußten wir uns verteidigen können, ehe wir daran denken können, zu Angriffen überzugehen. Diese Station ist jetzt erreicht.“ Diese kleine Rede ist der Schlüssel zu der ganzen maritimen Entwicklung der letzten Jahre. Die Offensive können wir aber nicht mitmachen. Alle Denkschriften seit 1873 sind von dem Gedanken getragen, daß Seeschlachten das Schicksal eines Krieges nicht entscheiden. Die offensive Kraft liegt, wie die Denkschrift von 1873 ganz richtig sagt, nach wie vor in der Landarmee. Für die Küstenverteidigung haben wir alles bewilligt, was notwendig war. Der schnelle Bau von Schiffen liegt weder im finanziellen Interesse noch in der Entwicklung unserer Werften. Wenn der Schiffbau forciert wird, wird plötzlich eine Masse von Arbeitern angeheftet, die nachher wieder entlassen werden müssen, und das giebt, wie wir bei der Gewerfabrik in Danzig gesehen haben, Schwierigkeiten und Glend. Ebenso werden die Materialpreise unnatürlich in die Höhe geschmetzt. Hieraus müssen wir folgern, daß die Neubauten so weit wie irgend möglich zu beschränken. Wir werden in der Commission fragen müssen, was ist bisher verwendet? Wie steht es mit den Plänen? Sind sie fertig? Was wir im vorigen Jahre erlebt haben, mahnt uns zur Vorsicht. Wie flüssig auf diesem Gebiet die Dinge sind, sehen wir jetzt aus dem Etat. Die Pläne für die Kreuzer-Corvetten sind seit vorigem Jahr um 2 Millionen pro Corvette verändert. Auch die Panzerschiffe erhalten eine andere Armierung und eine andere Panzerung. Nicht anders ist es mit den Avisos, deren Displacement verändert wird. Der Marineetat ist auch in den anderen Positionen vielfach verändert. Man hat uns sogar in Artikeln, die aus Marinekreisen herkommen, z. B. in der lokalen „Münchener Allgemeinen“ zum Vorwurf gemacht, daß wir einen Mangel an gefunder Kritik hätten. Die Ausgaben in den einzelnen Kapiteln wären viel zu hoch geworden. In technische Details können wir uns allerdings nicht zu sehr vertiefen. Leider finden wir weder bei der Reichsfinanzverwaltung noch bei dem Bundesrat eine Hilfe. Die Erfahrungen des letzten Jahres führen den Beweis. Am meisten überrascht sind wir über die Mehrforderung in Bezug auf das Personal. Die „Allgemeine Zeitung“ brachte bereits im September unter Sticheln auf Herrn v. Caprivi die Forderung nach erheblicher Vermehrung der Mannschaften. Die jetzige Marineverwaltung leide unter den Sünden der früheren Verwaltung. Würde man mehr Personal bewilligen, würde der Pensionsetat nicht so steigen. Er ist allerdings bei der Marine von 1881/82 um mehr als das Dreifache in die Höhe gegangen. Damals waren 96 pensionirte Offiziere, jetzt 251. Glaubt man aber wirklich, daß die Vermehrung des Personals eine Verminderung der Pensionäre herbeiführen würde? Entgegen den Erklärungen von 1887/8, entgegen den Erklärungen vor zwei Jahren verlangt die Regierung jetzt eine Vermehrung des Personals von 3014 Mann und 225 Offizieren, vertheilt auf vier Jahre. (Nebner führt dies an den Denkschriften und früheren Aeußerungen näher aus.) Der Herr Reichskanzler hat im vorigen Jahre erklärt: Er verschiebe es sehr gut, wenn das Pflichtgefühl der Parteien dieses Kaufes sie dahin bringt, zu sagen, wir können über eine gewisse Summe der Marine nicht hinaus. Das werden wir in diesem Jahre hoffentlich thun.

Nun einige Worte über den Nachtragetat, nicht über Motivirung, sondern über die Frage der Ueberschreitung der Naturalverpflanzung bei der Arme. Es beträgt in Folge der hohen Getreidepreise 8 700 000 Mk. (Aha! rechts.) Jawohl, aha! Das ist allerdings der wundeste Punkt in der jetzigen Politik und wir werden so lange daran mahnen, bis die gerechte Forderung des Volkes in diesem Punkte erfüllt ist. Als wir im vorigen Jahre über diese Frage beratheten, war der Roggenpreis etwas über 180 Mk. 1887 hat der landwirtschaftliche Minister erklärt: wenn solche Preise eintreten, würde die Regierung von selbst eine Ermäßigung der Zölle herbeiführen. Die Versprechungen von damals sind vergeblich. Als wir im Juni im Abgeordnetenhaus wieder daran erinnerten, stand der Roggenpreis 211 Mk. Die Regierung blieb fest in der Negation. Und heute steht der Roggenpreis um 240 Mk., und trotzdem erinnert sich die Regierung der Versprechungen nicht, welche sie damals gemacht hat. Wir werden bei den Handelsverträgen, die uns hoffentlich in kurzer Zeit vorgelegt werden, auf die Sache noch zurückkommen, aber schon heute möchte ich die Aufmerksamkeit der Regierung und des Herrn Reichskanzlers insbesondere auf die Lage der östlichen Provinzen hinlenken. Es ist dort trübe und erfüllt uns mit langer Besorgnis für die Zukunft. Die Zahlen des Reichsanzeigers in Bezug auf die Ernte und das zur Verfügnahme stehende Quantum

Weizen und Roggen will ich nicht kritisieren. Was soll uns dabei geholfen werden? Die Thatsache steht fest, daß über 240 Mk. für den Roggen bezahlt werden müssen und daß das Volk ohne Zoll 50 Mk. den Roggen billiger haben könnte. Das Volk aber will billiger essen als jetzt. Als 1879 die neue Wirtschaftspolitik kam, wußten wir, daß die armen östlichen Provinzen die Hauptlastige davon erhalten würden. Es ist eingetroffen und schlimmer als wir uns gedacht. Zur Zeit werden an der Danziger Börse 5, 6, ja 7 Mk. mehr bezahlt wie in Berlin. Am 26. November war der Cieferungspreis an der Danziger Börse 247 Mk., in Berlin an demselben Tage 238. Die Grenze ist bei uns verschloffen. Die Ernte ist keine günstige auch in Bezug auf Kartoffeln. Wie soll die Sache enden? Auch viele Landwirthe erkennen, daß der gegenwärtige Zustand der Landwirtschaft nicht zum Heile gereicht. Man hat 3 preussische Minister in unsere Provinz geschickt, um Mittel zur Abhilfe zu suchen. Wir sind dankbar für diesen Besuch, aber was uns herausgekommen? Bis jetzt wissen wir nur, daß man uns mit Staffeltarifen beglückt hat, welche die Handelslasten, insbesondere Königsberg und Danzig auf das empfindlichste schädigen. Das ist der Erfolg der ersten Ministerreise. Die einzige Abhilfe liegt darin: erlösen Sie uns von der Bismarck'schen Wirtschaftspolitik. Wir betteln um keine Staatsunterstützung, wir wollen uns aus eigener Kraft emporarbeiten. Wir verlangen, daß der Staat durch seine Gesetze dem ehrlichen Erwerb nicht die Hände verbinde. Wie unsere Bevölkerung bis zur nächsten Ernte durchkommen wird, wir wissen es nicht. Die Stimmung im Lande hat sich wesentlich gegen früher verändert, auch die Bauern denken anders. (Nebner geht näher auf die Wahl in Stolp-Lauenburg ein und verliest unter großer Heiterkeit Stellen aus den dortigen conservativen Wahlschlüßeln.) Die Conservativen waren dort so hilflos, daß sie sich sogar aus der Antisemitenfabrik in Leipzig Flugblätter der schändlichsten Art verschrieben, an deren Schluß sie den Namen des Herrn v. Osten setzten. In diesem Flugblatt heißt es, daß die Juden an der Börse dem Volke in wenigen Stunden Tausende und Millionen aus den Taschen zögen (sehr wahr! rechts); die hollische Preistreiberei der Juden erzeuge künstlich eine Hungersnoth; wiederholt sei es vorgekommen, daß jüdische Getreide-Großwucherer große Massen Getreide aufspeicherten und lieber auf dem Boden verkaufen ließen, als zu verkaufen, alles, damit das Volk kein billiges Brod erhalte. (Rufe rechts: Sehr richtig! Gelächter links.) Es wäre sehr gut, wenn die Namen der Herren im stenographischen Bericht ständen, die „sehr wahr“ gesagt haben. Wenn Sie glauben, mit Ihrem Vörsenantrag sich in die Höhe zu bringen, oder wenn die Conservativen im Lande glauben, mit dem Antrag, wie er jetzt in Breslau officiell an die einzelnen conservativen Vereine gestellt wird, die Berathung der Judenfrage auf die Tagesordnung zu setzen, so paßt das ganz zu dem, was eine Reihe von Mitgliedern der conservativen Partei bereits in ihrem Herzen fühlte. Sie sind ganz unverfälschte echte Antisemiten. Auch im Süden, im Wahlkreise Hall-Dehringen, hat sich eine wunderbare Wendung der Dinge gezeigt. Statt eines nationalallgemeinen Befürworters der hohen Getreidezölle jetzt fast ohne Kampf ein entschiedener Gegner derselben. Sie trösten sich mit Rastenburg. Nun warten Sie einmal erst den Protest ab. Sie werden daraus erkennen, weshalb. Im übrigen — machen Sie doch, wenn Sie die wirkliche Stimmung des Landes erfahren wollen, die Generalprobe — lösen Sie auf! Was die Einnahmen betrifft, so sind dieselben durchaus noch nicht so, daß man, wie es von Hamburg aus geschieht, daraus einen Grund gegen die Handelsverträge entnehmen könnte. Man hat in dem bekannten Hamburger Blatt wieder die Finanzpolitik Bismarcks verherrlicht und Caprivi angegriffen, daß die Handelsverträge die Einnahmen in Folge der Ausfälle in Verlegenheit bringen würden. Nichts davon ist richtig. Die Ueberweisung schwankender Einnahmen war für die Einzelstaaten und gar für die Communen kein Glück. Die lex Suerne überwies den Landbesitzern 80 Mill. Mark, aber nur 16 1/2 Millionen wurden zu Steuerermäßigungen verwendet, der Rest zu Ausgaben, von den sehr viele durchaus nicht dringlich waren. Die Einzelstaaten bekommen auch erst seit 3 Jahren — seit der Brantweinsteuer und der Zollerhöhung — so große Einnahmen. Die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern sind aber jetzt so hoch, daß die Ausfälle, die durch die Handelsverträge entstehen könnten, leicht gedeckt werden. (Nebner bezeugt dies ziffermäßig.) Die Handelsverträge werden sie, wenn keine differentielle Behandlung der Staaten eintreten soll, aufrecht unterstützen. Sie machen wenigstens den Anfang, von der unglückseligen Wirtschaftspolitik, die die anderen Staaten auch zu Zollstrahlen verführt hat, loszukommen und wieder anzuknüpfen an die Delbrück'sche Politik, von der nach Abschluß des Handelsvertrages mit Frankreich im Jahre 1862 die Thronrede in Preußen erklärte, sie sei durch die Interessen und die Traditionen Preußens und Deutschlands vorgeschrieben. Indem wir diese Politik unterstützen, hoffen wir auch dem Frieden zu dienen. Wir werden an die Etatsberathung diesmal mit besonderer Aufmerksamkeit gehen. In einer Zeit, in welcher die Masse des Volkes sich einschränken muß, steht es dem öffentlichen Hauspalt nicht an, über das absolut Nothwendige hinauszugehen. Was unabwendbar ist, werden wir bewilligen, aber wir werden uns auch der Mitverantwortung bewußt bleiben, die wir als die berechtigten Vertreter des Volkes nach der Verfassung für den Gang der Dinge haben und von der uns niemand entbinden kann. Wir werden gewissenhaft prüfen und gewissenhaft entscheiden, niemand zu Liebe, niemand zu Leide. Unser einziger Leitfaden wird sein das Wohl des Vaterlandes. (Beifall links.)

Reichskanzler v. Caprivi: Der Artikel, den der Herr Vorredner erwähnte, ist mir auch zugegangen. Es ist nicht der erste Vorwurf, mich als amtsmüde hinzustellen, er wird hier in einer verhältnismäßig überzuckerten Pille gegeben. Der Verfasser hat die Gefälligkeit, mir zu sagen, ich würde ja ein anderes Amt in der Armee bekommen, wenn ich von hier fortginge. Er scheint zu glauben, daß eine Art Militärvorversorgungssystem für amtsmüde Beamte errichtet werden soll, wie es umgekehrt ein Civilversorgungssystem für amtsmüde Soldaten giebt. (Heiterkeit.) Ich kann dem Herrn die Versicherung geben, daß ich bei sorgfältiger Beobachtung keine Spur von Amtsmüdigkeit bei mir wahrzunehmen habe. (Bravos!) Wir haben diesen Sommer wieder sehr ernste Arbeiten bewältigen müssen; ich glaube, es ist uns gelungen. Es ist für mich seit 1 1/2 Jahren das große Glück der deutschen Politik die Bollendung der Handelsverträge. Ich hoffe aber, daß ich in der zweiten Dezemberwoche in der Lage sein werde, im Hause die Handelsverträge einzubringen. (Bravo.) Selten in meinem Leben bin ich schaffender Freude so nahe gewesen als in diesem Augenblick. Ich stehe hier auf die Weisung meines allergnädigsten Herrn und werde hier so lange stehen bleiben, wie es Er. Majestät gefallen wird. (Bravos.) Zeitungs-schreiber beunruhigen mich nicht; ich wünsche nur, sie beunruhigten sich auch um mich nicht. (Heiterkeit.) In dieser Schrift, die zu meinem Bedauern von einem Herrn geschrieben sein soll, der in Beziehungen zur freiconservativen Partei steht, heißt es: „Die Versahrenheit und Unentschiedenheit, das Schwanken und Unfälle der Politik des Ministeriums Caprivi trägt die Mißthuld an der allgemeinen Unzufriedenheit.“

Ich bin der Meinung, durch ihre bisherigen Handlungen hat die Regierung zu solchem Vorwurf keinen Anlaß gegeben, und wenn ich nun diesen Artikel weiter durchlese, um zu sehen: wo kann denn etwas liegen, so bleibe ich gerade so klug, wie ich vorher war, und das ist mein Schicksal mit einer Unzahl von Zeitungsartikeln und Broschüren seither gewesen: Alles klagt, aber einen brauchbaren Rathschlag, die Anweisung für einen gangbaren Weg habe ich noch von niemandem bekommen. Der Herr Herr sagt: diese Regierung hat die Cartellparteien zertrümmert. Das ist ein Vorwurf, der mich überreicht. Die letzten Wahlen sind vorau-

genommen worden, ehe diese jetzige Regierung an Ort und Stelle war. (Sehr richtig!) Die Regierung würde ja mit den Cartellparteien weiter gelebt haben. Diese Cartellparteien waren aber nicht mehr da, und wenn sie noch weiter zerfallen werden, so liegt das in den inneren Motiven, nicht aber an dem bösen Willen oder dem Ungeschick der Regierung. — In diesem Beunruhigungsstreben ist die auswärtige Politik ein ungemein ergiebige Gebiet. Die auswärtige Politik dieser Regierung ist eine sehr einfache gewesen. Auch in der auswärtigen Politik gehört zu den wirksamsten Mitteln Wahrheit und Offenheit. (Sehr richtig!) Eine günstige politische Constellation in Europa hat es nun mit diesem Bestreben, wahr und offen zu sein, veranlaßt, daß wir überhaupt wenig zu verhandeln gehabt haben in den 1 1/2 Jahren, seit ich hier bin, die Dinge sind einfach verlaufen. Der moderne Zeitungslaser hat aber ein gewisses Bedürfnis nach Sensationellen. (Heiterkeit.) Da ist nun die russische Reise des Kaisers im vorigen Jahre; der Aufenthalt in Maro soll sehr böse gewirkt haben. Nun habe ich die Ehre gehabt, an dieser Reise Theil zu nehmen, und ich bin mit der Ueberzeugung wiedergekommen, daß diese Reise eine vorzügliche Wirkung gehabt hat. Der Verkehr der Kaiser gestaltete sich so günstig, wie irgend möglich. Dann kommt Kronstadt; man hat sich beunruhigt gezeigt, als die Flotte eines unserer Nachbarn in den Hafen des anderen einfuhr, und weil man sie mit großer Festlichkeit und Freundschaft empfangen hat. Wieder läßt man durchblicken: Das wäre doch am Ende sonst nicht vorgekommen, das könnte nur unter dieser Regierung passiren. (Heiterkeit.) Nun weiß ich in der That nicht, was wir anfangen sollten, wenn zwei andere Leute sich die Hand geben wollen. Wir haben diese Zusammenkunft nicht veranlaßt. Man hat wohl durchdünken lassen: das habt ihr nun von dem Dreibund. Ja, wir haben einen Dreibund, der schon jahrelang vor dieser Kronstädter Zusammenkunft existirte und den haben wir erneuert. An sich hat sich durch Erneuerung dieses Dreibundes in Bezug auf unser östlichen und westlichen Nachbarn nichts geändert. Durch die Kronstädter Zusammenkunft ist nur für die Augen des großen Publikums ein Zustand erkennbar geworden, der schon seit langer Zeit herrschte. (Sehr richtig!) Ich habe in den siebziger Jahren an den Berathungen des preussischen Kriegsministeriums Theil genommen; und schon damals trat der Ausbruch auf von dem Kriege mit zwei Fronten. Daß uns dieser Krieg durch die Kronstädter Entzweiung auch nur um einen Zoll näher gerückt sei, glaube ich nicht. Ich bin selbstestig davon überzeugt, daß die persönlichen Intentionen des Kaisers von Rußland die friedlichsten von der Welt sind; ich bin ebenso überzeugt, daß keine Regierung heut zu Tage winkeln kann, einen Krieg zu provociren. Das Bemühen, daß der kommende Krieg einen sehr ersten Charakter annehmen wird, hat sich in der ganzen Welt verbreitet, und ich glaube nicht, daß es irgend eine Regierung giebt, die geneigt wäre, einen Krieg leicht herbeizuführen. Je stärker nun eine Regierung, um so mehr wird sie geneigt sein, kriegerische Gelüste, wenn sie auftreten sollten, zu befriedigen, die bei ungeschickter Behandlung einen Krieg herbeiführen könnten, zu vermeiden. Und ich kann mich deshalb des Umfanges freuen, daß bei unserem westlichen Nachbar jetzt eine Regierung die Zügel führt, von der ich glaube, daß sie stark genug ist, um ihren Willen durchzusetzen. Ich glaube sogar, daß die Flotten-reue in Kronstadt vielleicht nicht statgefunden hätte, wenn nicht bei unserem östlichen Nachbar die Ueberzeugung dagewesen wäre, daß diese jetzige französische Regierung wohl eine ist, auf die man sich verlassen kann. Das gesteigerte Selbstgefühl unserer westlichen Nachbarn braucht uns auch nicht zu beunruhigen; im Gegentheil, bei gesteigertem Selbstgefühl schwindet die Nervosität. Wir brauchen deshalb natürlich nicht gleich die Waffen abzulegen; die Rüstung wird noch lange getragen werden müssen, daran können alle Zusammenkünfte nichts ändern, auch die in Rom nicht. (Heiterkeit.) Je mehr die Völker zur allgemeinen Wehrpflicht übergegangen sind, desto mehr sind die Nationen auch vorsichtiger geworden, mit diesem gefährlichen Feuer zu spielen. Dann wird der deutsch-englische Vertrag angeführt. Darüber ist schon verhandelt worden; Abg. Graf Armin sprach damals von dem Entrüstungssturm. Heute wird sich das abgeschwächt haben. An dem, was wir in Afrika haben, haben wir schon lange genug zu thun. Ich habe schon früher einmal gesagt: Das Schlimmste, was uns passieren könnte, wäre, wenn man uns ganz Afrika schenkte. Das Festland, welches Deutschland besitz, ist jedenfalls das Vielfache werth von dem, was England dort besitzt, und die Schwierigkeiten in englischen Gebieten sind größer als in den unfrigen. Ich sehe also nicht, daß wir ein schlechtes Geschäft gemacht haben. Helgoland hat allerdings nur ein pretium affectionis. Die Insel war für England nichts werth; aber da England überall Besitzungen hat, so lag die Gefahr nahe, daß England Helgoland austauschte. Was hätte man gesagt, wenn die englische Flotte in Helgoland verschwand und an ihre Stelle die eines weniger nahestehenden Staates getreten wäre? Nun noch die Polenfrage und Elsaß-Lothringen. Der Paphwang, der aufgehoben ist, hätte nur dann eine Wirkung gehabt, wenn er mit der rücksichtslossten Strenge durchgeführt wäre. Man fragt, welches Surrogat wird die Regierung an die Stelle des Paphwanges setzen? Die Assimilirung hat Fortschritte gemacht; nicht durch Lebenswürdigkeiten berücken wir die Elsäßer, aber wir werden dazu übergehen müssen, bei ihnen die Selbstverwaltung einzuführen (Beifall links), und das beste Bindeglied wird immer die Armee bleiben. Die polnischen Arbeiter sind wieder zugelassen worden, weil es an deutschen Arbeitern fehlt. Darin wurzelt der Nothstand des Ostens. Wir haben den Privatunterricht im Polnischen gestattet. Damit ist ein früher bestehender Zustand wiederhergestellt worden, die Forderungen der polnischen Mitbürger sind befriedigt worden. Wenn auch deutschen Kindern der Unterricht im Polnischen gestattet ist, so ist das nicht auffälliger, als wenn ein Deutscher in Neß seine Kinder am französischen Unterricht Theil nehmen läßt. Ein Mann polnischer Abkunft soll zum Erzbischof von Posen und Gnesen berufen werden. Wir haben schon früher polnische Erzbischöfe gehabt, der vorige war ein Mann deutscher Abkunft, aber vielleicht nicht stark genug, um das, was die Deutschen verlangten, durchzusetzen. Er wurde geleielt in einem Sinne, der den Deutschen schädlich war als je ein polnischer Bischof. Das Staatsministerium war darüber nicht zweifelhaft, daß ein polnischer Candidat zu wählen ist, sofern er den Ansprüchen genügt. Nach den Ereignissen in Thorn ist kein Zweifel, daß der Mann, der die patriotische Rede gehalten hat, gebraucht werden konnte als Erzbischof. Diese Frage wird also auch eine Erlebigung finden, über welche man sich nicht zu beunruhigen braucht. Die Regierung ist endlich bestrebt, die Kräfte, welche an der Haltung des Staates mitwirken wollen, nicht auseinandergehen zu lassen. In dieser Tendenz liegen alle ihre Maßregeln. (Beifall.) Es ist auch eine Art Militär-Pessimismus eingerissen. Jedes größere Blatt hat einen eigenen militärischen Berichtsfasser. Das wäre harmlos, wenn diese Artikel nicht beunruhigten, wenn die Regierung die von Schriftstellern gemachten Vorschläge nicht annimmt. Es entsteht innerhalb der Armee ein Glaube, daß doch nicht alles richtig ist. Auch unter der gegenwärtigen Regierung hat man nicht geschlafen. Es sind 18 000 Mann mehr bewilligt worden, und ich kann vielleicht sagen, daß damit die Organisation noch nicht abgeschlossen ist. Man hat in der Welt sich gewöhnt, Armeen nach der Zahl zu schätzen. Für die Leistungen einer Armee wird im Anfang des Krieges immer die Qualität der Truppen entscheidend sein, erst wenn die Bertheiligung des Landes in Frage kommt, wenn es ein Krieg bis aufs Messer wird, dann wird die Quantität in Frage kommen. Es ist nichts leichter, als wenn Frankreich seine Armee um einige Altklassen verstärkt, dies auch bei uns zu thun. Aber man vergißt dabei, daß diese Menschen Leute sind, welche ihre Kraft bereits ver-

lören haben durch Anstrengung und durch Gewöhnung an eine andere Lebensweise. Ich habe den ganz bestimmten Glauben, daß es keine Nation Europas gibt, welche für die künftige Kriegführung so viel Menschen zur Verfügung hat, wie Deutschland. Bei der künftigen Kriegführung wird es auf die Handlungsmittel ankommen, auf Handlungen, die freiwillig gehen werden. Keine andere Nation hat so viel Kräfte für diese Art der Kampfführung wie die deutsche. (Beifall.) Außerdem haben wir Deutsche einen Factor für uns: die steigende Bevölkerungsziffer. Es wird geklagt über die Dislocation unserer Truppen an der Grenze; man spricht von einem plötzlichen russischen Ueberfall. Gehen Sie einmal die Karte an und überlegen Sie, welche Armee in derselben Entfernung von der russischen Grenze bei uns und in Rußland stehen. Das alles führe ich an, um die unberechtigten Befürchtungen zu zerstreuen. Ich will nicht verschweigen, daß wir großen Gefahren ausgesetzt sind; aber beunruhigen können wir uns immer später noch. Wenn ich eine Truppe morgen zum Schlagen brauchte, würde ich sie diese Nacht noch ordentlich schlafen lassen. Deshalb sollte man Handel und Wandel nicht vor der Zeit beunruhigen. (Allgemeine Zustimmung.) — Alle diese Beunruhigungen sind nicht bestimmt genug, es wird nicht gesagt, was wir verfehlen haben. Keine Nation hat ein Interesse, ihre Regierung ohne Noth als schlecht hinzustellen. Man sollte deshalb etwas vorsichtiger bei solchen Angriffen sein. Wir haben das aufrichtige Bestreben, nach außen mit allen anderen Nationen in Frieden zu leben. Es ist bisher geglättet, warum soll es nicht weiter glücken? Die Deutschen sind in einer guten Lage, daß sie sich auf ihre Arme stützen können; warum sollen wir nicht im Stande sein, die Würde und das Ansehen Deutschlands unter allen Umständen zu schützen? (Lebhafter Beifall.)

In persönlicher Bemerkung erklärt Abg. v. Reudell, daß die Reichspartei von dem Artikel des Dr. Arendt in peinlicher Weise überrascht ist, daß sie aber außer Stande ist, auf die Redaction des „Deutschen Wochenblatts“ eine Einwirkung auszuüben.

Hierauf wird die weitere Berathung auf Sonnabend vertagt.

Deutschland.

* Berlin, 27. Novbr. Wie man aus Kopenhagen meldet, wird der König von Dänemark auf der Rückreise von Livadia dem Kaiser Wilhelm einen Besuch abstatten und sodann über Stettin nach Kopenhagen weiterreisen.

* [Die Rede des Kaisers in Torgau.] Die Rede, welche der Kaiser bei dem Jubiläum des Pionier-Bataillons in Torgau gehalten hat, wird jetzt im Wortlaut veröffentlicht. Wir entnehmen derselben, daß der Kaiser, nachdem er daran erinnert, wie einer der Offiziere des Bataillons, Oberleutnant Diener, sein Lehrer in der Festungs- und Mineurkunst gewesen, Folgendes ausgeführt: „Schon der Name Ihrer Waffe giebt dafür Gewähr, daß diese Waffe eine Waffe des Fortschritts sein muß, denn man spricht von Pionieren der Cultur, von Pionieren der Wissenschaft und von Pionieren der Arbeit, immer aber in dem Sinne, daß das Wort Pionier den Fortschritt bezeichnet.“ Weiter sagte der Kaiser: „Die neuen Waffen verlangen eine neue Festungsbau-technik. Es ist deshalb Aufgabe, den Blick unbefangenen, frei und fest auf das Ziel zu richten.“ „Ich erwarte zuversichtlich, daß meine Pioniere, wie bisher immer, so auch in Zukunft der Armee vorangehen und das Loth sprengen werden, durch welches die stürmende Hand hindurchdringt.“

* [Zu den russischen Ausfuhrverboten.] Nach in Kopenhagen vorliegenden Meldungen aus Petersburg über eine Bekanntmachung des russischen Finanzministeriums ist weder ein Ausfuhrverbot noch ein Ausfuhrpol für Glas und Glas beabsichtigt.

* [Die Betriebseinnahmen der preussischen Staatsbahnen] haben bei einer Erweiterung der Betriebslänge um 301,98 Kilom. im Monat Oktober gegen denselben Monat des Vorjahres um 2.600.473 Mk. oder 65 Mk. pro Kilometer zugenommen, davon aus dem Personen- und Gepäckverkehr mehr 32 Mk., aus dem Güterverkehr mehr 33 Mk. pro Kilometer. In der Zeit vom 1. April bis Ende Oktober betrug die gesammte Mehreinnahme gegen das Vorjahr 24.655.567 Mk. oder 571 Mk. pro Kilometer.

* [Die Einnahmen der Post- und Telegraphen-Verwaltung] haben vom Beginn des Etatsjahres bis zum Schluß des Monats Oktober 1893 524.557 Mk. (+ 5.387.702 Mk. gegen denselben Zeitraum des Vorjahres), die Einnahmen der Reichs-Eisenbahn-Verwaltung 34.619.000 Mk. (+ 1.162.000 Mk.) betragen.

München, 27. Novbr. Die Kaiserin Friedrich ist mit der Prinzessin Margarethe heute früh nach Frankfurt a. M. abgereist.

München, 27. November. Die Kammer der Abgeordneten genehmigte nach lebhafter Debatte mit 146 gegen 2 Stimmen die Novelle zum Heimath- und Verehelichungsgeheße im ganzen nach den Anträgen des Ausschusses unter Ablehnung aller Amendements. Der Minister des Innern, v. Seitz, hatte im Laufe der Debatte die vom Geheße zu gebende rückwirkende Kraft für unbedenklich erklärt und dabei bemerkt, daß mit den übrigen Bundesstaaten wegen Respectierung des bairischen Reservatrechts und entsprechender Instruierung der Landesbeamten verhandelt worden sei.

Zu der Resolution der Buchdrucker-Versammlung vom 19. November erklärte der Präsident, dieselbe könne keine geschäftsordnungsmäßige Behandlung erfahren und sei ad acta gelegt worden, es liege keinerlei Verfassungsverletzung vor, weil auf höhere Verfügung dem zur Herstellung der Landtagsdrucksachen solidarisch verbindlichen Consortium von 9 Druckereien auf deren Erfindung Militärdruckerei zugetheilt worden seien, da in der Fertigstellung der Landtagsdrucksachen kein Aufschub zulassen war.

Schweiz.

Zürich, 27. Novbr. Der Centralausschuß der Züricher Grütli- und Arbeiter-Vereine hat die Uebnahme des nächsten, im Jahre 1893 hier abzuhaltenden internationalen Arbeitercongresses beschlossen.

Frankreich.

Paris, 27. Novbr. Die mit der Prüfung des Gesetzentwurfs über die Prostitution beauftragte Commission hat sich dahin ausgesprochen, daß sie, obgleich durchaus geneigt, gegen das Zuhälterwesen gerichteten gesetzlichen Maßregeln zuzustimmen, dennoch den Text des betreffenden Gesetzentwurfs für unannehmbar halte. In den französischen Gesetzen finde sich die Prostitution nicht als ein strafbares Delict; in Folge dessen sei es auch nicht möglich, eine Mitschuld an einem solchen Delict festzustellen und auf Zuhälter anzuwenden.

Paris, 27. November. Nach Privatmeldungen aus Tanger stellten sich die Häuptlinge der Tuat-Stämme unter das Protectorat Marokkos

befehls Wahrung ihrer Unabhängigkeit gegenüber Frankreich.

Wien, 27. Novbr. Der neunte Congreß der nationalen Arbeiter-Partei ist gestern hier eröffnet worden; bei demselben sind 284 Arbeiter-Individuen vertreten. Den Vorsitz führt der neue Deputirte von Lille, Lafargue.

Coloniales.

* [Emin Pascha] hat nach einem Telegramm des englischen Capitän Lugard von der britisch-afrikanischen Gesellschaft auf dem Wege nach dem Albert-Nganza den Ruwenjort passiert. Der Ruwenjort oder Wolkengögen ist ein Gebirge nördlich vom Albert-Eduard-Nganza.

Von der Marine.

* Das Kreuzergeschwader, bestehend aus den Schiffen „Ceipig“, „Alexandrine“ und „Sophie“ (Geschwaderchef Contre-Admiral Valois) beabsichtigt am 28. November d. J. Salchavano zu verlassen und nach Valparaiso in See zu gehen.

Am 29. November: Danzig, 28. Nov. M.-A. 5.20. S.-A. 7.54. S.-U. 3.42.

Wetterausichten für Sonntag, 29. November, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Nebel, wolzig, theils klar, ziemlich kalt. Nachtfrost.

* [Stadttheater.] Um vielfachen Wünschen zu entsprechen und da gestern bei weitem nicht dem Begehre nach Billets genügt werden konnte, hat sich die Direction im Einverständniß mit der königlichen Kammerfängerin Frau Moran-Olden entschlossen, am Montag die mit so großem Beifall aufgenommene Oper „Fidelio“ zu wiederholen. Am Dienstag findet sodann als Abschiedsvorstellung die Aufführung der Oper „Der Troubadour“ mit Frau Moran-Olden als Ajucena statt, an welche sich noch Mascagnis Oper „Cavalleria rusticana“ schließt. Frau Moran-Olden wird also, ehe sie ihre Weiterreise antritt, noch an zwei auf einander folgenden Tagen auftreten. (Wir bemerken hier gleich, daß der Bericht über die geführte Vorstellung wegen des heutigen Raum-Mangels erst morgen früh erscheinen kann.)

* [Schiffermusterung.] Wie für den Kreis Danziger Höhe wird auch für den Stadtkreis Danzig und den Kreis Danziger Niederung die Schiffermusterung am 7. Dezember im Mohr'schen Kaffeehause hieselbst stattfinden.

* [Bersehung.] Der Second-Lieutenant Christ vom Fußartillerie-Regiment Nr. 2 ist zur Verleihung Compagnie der Artillerie-Prüfungs-Commission veretzt worden.

* [Personalien.] Die Regierungs-Assessoren Lehmar in Danzig, Mattison in Königsberg, Engler in Bromberg, Panenberg in Posen, Messerschmidt in Berlin sind zu Regierungs-Räthen, der Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspector, Baurath Mehrrens in Bromberg ist zum Regierungs- und Baurath ernannt, den Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspectoren Francke in Ostrobo und Tacke in Insterburg in der Charakter als Baurath verliehen worden.

* [Prüfung.] In der bei der hiesigen kaiserlichen Ober-Postdirection vom 23. bis 26. d. M. stattgefundenen Postassistenten-Prüfung bestanden die Herren: Plewe aus Strasburg, Krumbholz aus Marienwerder, Krämer aus Graudenz, Krajewski aus Neuenburg.

* [Kirchen-Concert.] In der hiesigen geheiligten reformirten Kirche (Hoggenpuhl) findet morgen Nachmittag ein Concert statt, das zum Besten der verwaisten, unverheiratheten Predigerkinder unserer Stadt gegeben wird. Es empfiehlt sich dieses Concert nicht bloß um des wohlthätigen Zweckes willen, sondern namentlich auch wegen der Mitwirkung unserer ersten musikalischen Kräfte. Der Organist der Kirche Herr Dr. Fuchs wird einige klassische Stücke auf der neuen pneumatischen Orgel, theilweise unter Begleitung des Theatral-Orchesters vorführen; Fräulein Brandhafer, Fräulein Kautenbach und Herr Reutener haben je zwei Soli übernommen. Außerdem wird ein von Fräulein Brandhafer geleiteter Damenchor und der von Hrn. S. Behrendt dirigirte Danziger Sängerverein in dankenswerther Weise mitwirken. Die Billets werden noch am Sonntag bei den Herren Küllern Dhl (St. Marien) und Reil (St. Petri), sowie am Eingange zu haben sein.

* [Schwurgericht.] Vor den Geschworenen standen heute der Einwohner Johann Nabolshi, dessen Ehefrau aus Bojanen und der Pächter Alexander Macholl aus Kascharen (Kreis Neustadt), von denen die ersten angeklagt sind, am 31. Juli, vor dem Amtsgericht Neustadt einen Meineid geleistet, letzterer, sie zu diesem Verbrechen verleitet zu haben. Bei einer Zwangsverurteilung, die gegen den Vater des Angeklagten Macholl vollzogen wurde, waren u. a. zwei Oberbeinen gepfändet worden, von denen Macholl behauptete, daß sie ihm gehörten und von seiner Frau in die Ehe gebracht worden seien. Bei der Verhandlung der von ihm angeklagten Intentionssklage beschworen nun die Eheleute Nabolshi, sie wüßten aus eigener Wahrnehmung, daß die Betten zu der Aussteuer der Frau Macholl gehört hätten. Die Anklage behauptet, daß die Aussage der Eheleute falsch gewesen sei und daß sie zu ihren unrichtigen Angaben von Macholl verleitet worden seien. Da die Angeklagten ihre Schuld bestritten, mußte eine umfangreiche Beweisvernehmung stattfinden.

Die Geschworenen erklärten nur die Frau Nabolshi des Meineids schuldig, worauf dieselbe zu 15 Monaten Zuchthaus verurtheilt wurde. Die beiden anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

* [Polizeibericht vom 28. November.] Verhaftet: 21 Personen, darunter 1 Arbeiter wegen Diebstahls, 1 Hausdiener wegen Unterschlagung, 16 Obdachlose, 1 Bettler, 2 Betrunkene. — Gefunden: 1 Pfandchein, abgehoben von der künft. Polizei-Direction; 1 Taschmesser, abgehoben von dem künft. Schuhmann Jonas in Neufahrwahrwasser, Olivastraße Nr. 50.

w. Elbing, 27. Novbr. Für die zweite Abtheilung der Stadtverordneten-Versammlung sind gewählt: Prediger Harber, Kaufmann Alex. Müller, Kaufmann Heyder, Kaufmann Alb. Reimer, Färbereibesitzer Fijder und der kaufmännische Leiter der Firma Schichau, F. Siebert. — Ueber das Vermögen des hiesigen Kaufmanns Karl Eitshwager, Inhaber der Firma Karl Eitshwager vorm. Eduard Krause, ist der Concurs eröffnet.

Thorn, 27. Nov. Wie die „Th. Ztg.“ erfährt, wird die Weinschänke Concursmasse ca. 15—16 Proc. für die Gläubiger ergeben.

* Aus Gerdauen schreibt man dem „Reichsblatt“: Zur Reichstags-Eröffnung im Wahlkreise Friedland-Gerdauen-Rastenburg erlaube ich mir folgende Mittheilung zur Veröfentlichung zu bringen: Ein Kaufmann aus Gerdauen besuchte den Administrator L. auf W. (königl. Domäne, Kreis Gerdauen), um mit demselben Geschäfte abzuschließen. Auf seine bejüngliche Anfrage erhielt derselbe zur Antwort: „Ich bebaue sehr, mit einer Firma, deren Chef liberal wählt und für den liberalen Candidaten Papendieck agitiert hat, nicht handeln zu können; merken Sie sich das ein-für allemal!“

Bermischte Nachrichten.

* [Ein ziemlich heftiges Erdbeben] wurde in Grefeld am Donnerstag Morgen um 5 Uhr 45 Minuten verspürt. Zwei Stöße wurden wahrgenommen. Tische und Stühle schwankten, die Leute wurden aus dem Schlafe geweckt. Die „Grefeld. Ztg.“ berichtet: Donnerstag Morgen 10 Minuten vor 6 Uhr wurde in der ganzen Stadt ein starker Erdstoß verspürt. Nach übereinstimmenden Berichten war es eine kurze wellenförmige, von Westen

nach Osten gehende Bewegung. In einem Hause der Lindenstraße war die Bewegung so groß, daß eine schwere Uhr von der Wand fiel. Das Erdbeben dauerte 2—3 Secunden. Ein Grefelder schreibt der genannten Zeitung: Ich wurde durch heftiges Schwanken des Bettes aus dem Schlamme gerissen, zugleich vollführten die Gegenstände auf dem Waschtische einen klirrenden Tanz. Es war ein förmliches Hüteln des Bettes. Für mich, der ich ein Erdbeben noch nie erlebt habe, war die Empfindung eine sehr unheimliche.

Newyork, 28. Nov. [Zusammenkunft eines Circus.] Während eines Stierkampfes in Guanajuato (Mexico) am letzten Sonntag stürzte der Stierhau mit Hunderten von Zuschauern ein; 12 Personen wurden getödtet, eine große Anzahl anderer mehr oder minder schwer verletzt.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 28. Novbr. (Privattelegramm.) Die freisinnigen Blätter besprechen die Reden Richards und Capriols zustimmend. Die „National-Zeitung“ sagt:

„Das Bild, welches der Kanzler malte, war zu schön, um ganz naturgetreu zu sein. Nicht nur als Meister des Stils, sondern auch aus anderen unaheliegenden Gründen verschwie er, was zur Vollständigkeit der Schilderung gehören würde.“

Der socialdemokratische „Vorwärts“ stimmt der Kritik des Abg. Arendt zu, ohne sich jedoch nach Bismarck zu sehnen. Die „Arenzzeitung“ äußert kein Wort über die gestrige Verhandlung, ihr Leitartikel handelt über den Rückgang der heimischen Schweinezahl.

Die „Hamburger Nachrichten“ schildern den österreichischen Handelsvertrag in den schwärzesten Farben wegen der generellen Herabminderung der deutschen Getreidezölle. Deutschland würde gegen jede Ueberfluthung mit fremdem Getreide auf 12 Jahre machtlos, wenn die zunehmende Nothlage der Landwirthschaft oder innere Zustände das Bedürfnis hervorriefen, einem übermäßigen Getreideimport entgegenzutreten.

Nach der „Alln. Ztg.“ sind die Franzosen über den Minister Giers wenig entzückt; sie können nicht einsehen, warum die Russen einen Minister nach Paris schicken, der von nichts als der Erhaltung des status quo zu sprechen weiß, und auf seiner Rückreise amtlichen Aufenthalt in Berlin nimmt.

Berlin, 28. Novbr. In der heute Vormittag fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse der 185. preussischen Klassenlotterie fielen:

1 Gewinn von 15.000 Mk. auf Nr. 143.272.
1 Gewinn von 10.000 Mk. auf Nr. 151.072.
4 Gewinne von 5.000 Mk. auf Nr. 37.447
38.203 44.544 85.856.

42 Gewinne von 3.000 Mk. auf Nr. 12.692 12.995 23.870 24.451 28.487 44.824 48.201 55.509 58.619 62.333 67.156 67.362 70.829 73.136 75.304 79.318 81.538 90.508 95.841 101.482 102.669 111.550 115.001 118.388 122.600 127.006 129.689 140.034 141.880 145.277 151.222 156.059 156.258 160.906 161.733 162.011 170.462 173.295 180.808 185.957 186.145 188.963.

39 Gewinne von 1.500 Mk. auf Nr. 46.28 8259 16.584 24.125 24.228 28.801 45.988 46.872 52.067 53.492 68.563 70.706 72.809 76.480 77.348 77.640 79.516 89.657 118.812 124.043 127.816 134.286 142.231 145.586 145.964 146.354 151.178 151.998 156.511 160.545 166.593 169.522 178.575 179.408 182.620 184.400 185.648 189.009 190.000.

Paris, 28. Novbr. (Privattelegramm.) Die officiellen „Correspondence russe“ veröffentlicht Einzelheiten über die Audienz des Ministers v. Giers bei dem Kaiser Wilhelm. Der Kaiser vernied absichtlich jede Anspielung auf Politik, auch die Pariser Reise berührte er mit keiner Silbe; er erkundigte sich lediglich nach dem Befinden Giers und ob ihm seine Wiesbadener Kur genügt habe.

Petersburg, 28. Novbr. (Privattelegramm.) Die Regierung erklärt die Meldung von der Umwandlung des Ribauer Hafens, sowie alle Nachrichten über russische Kriegsrüstungen für unbegründet.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 28. November.			
Weizen, gelb	80,00	5% Anat. Ob.	80,00
Novbr.-Dez.	230,00	10% Anat. Ob.	88,80
April-Mai	229,00	2 Orient-A.	61,20
Roggen	229,50	4% russ. A. 80	91,40
Novbr.	241,20	Combarand	34,50
April-Mai	237,20	Franken	117,20
Petroleum	237,50	Erst. Actien	147,20
per 2000 kg	23,00	Disc. Com.	163,30
loco	23,00	Deutsche B.	143,50
Rübsl	61,20	Laubhütt.	106,00
Novbr.	61,20	Deut. Ruten	103,25
April-Mai	61,00	Russ. Ruten	172,40
Espiritus	61,00	Wach. kurz	192,75
Novbr.	52,20	London kurz	20,34
April-Mai	52,00	London lang	20,35
4% Reichs-A.	105,80	Russische 5%	20,23
3 1/2% do.	97,60	DM. B. g. A.	66,25
3% do.	89,00	Dani. Br.	—
4% Confols	105,50	Ban.	—
3 1/2% do.	97,80	D. Delmühle	126,20
3% do.	89,00	D. Br.	117,59
3 1/2% meßpr.	93,50	Blau. C. A.	102,00
Plandbr.	93,50	G. E. A.	47,00
do. neu Br.	93,50	Starr. Güb.	64,50
3% ital. g. Br.	53,40	Stamm. A.	64,50
5% do. Rente	87,10	Dani. C. A.	80,60
4% rm. C. R.	81,20	5% Trh. A.	80,60
Kaiser Nov.	168,50	Frühjahr 174,70.	
Fondsbrö: fest.			

Newyork, 27. Novbr. Wechsel auf London 4.80 3/4. — Rother Weizen loco 1.06 1/4. — per Novbr. 1.05 1/2. — per Debr. 1.05 1/4. — per Mai 1.10 1/4. — Wehl loco 4.25. — Mais per Novbr. 60 1/2. — Zucker 5 1/2. — Fracht 3 1/2.

Danziger Börse.

Amliche Notirungen am 28. November.
Weizen loco transit höher, per Tonne von 1000 Agr. feingelassig u. weiß 126—136 1/2 210—260 Mk. Br.
hochbunt 126—136 1/2 210—258 Mk. Br.
hellbunt 126—134 1/2 208—256 Mk. Br. 188—243 Mk. bei.
bunt 126—132 1/2 205—253 Mk. Br.
roth 126—131 1/2 197—248 Mk. Br.
ordinär 120—130 1/2 192—245 Mk. Br.
Regulirungspreis bunt lieferbar transit 126 1/2 196 Mk. zum freien Verkehr 128 1/2 240 Mk.
Auf Lieferung 126 1/2 bunt per Novbr.-Debr. zum freien Verkehr 243 Mk. Br., 242 Mk. Bd., transit 194 1/2 Mk. bei, per Debr.-Januar zum freien Verkehr 242 Mk. Br., 241 Mk. Bd., per Jan.-Febr. zum freien Verkehr 242 Mk. Br., 241 Mk. Bd., per Febr.-März transit 199 Mk. Br., 198 Mk. Bd., per April-Mai transit 201 Mk. Br., 200 Mk. Bd., do. zum freien Verkehr 239 Mk. Br., 238 Mk. Bd.
Roggen loco höher, per Tonne von 1000 Agr. grobkörnig per 120 1/2 inländ. 245—248 Mk. Regulirungspreis 120 1/2 lieferbar inländisch 246 Mk. unterpoln. 196 Mk. transit 155 Mk.
Auf Lieferung per November-Dezember inl. 242 Mk. bei, transit 194 Mk. bei, per April-Mai inländisch 232 1/2 Mk. Bd., transit 200 Mk. Br., 199 Mk. Bd.

Getreide per Tonne von 1000 Kilogr. große 100/13 1/2 170—185 Mk. bei.
Erbsen per Tonne von 1000 Kilogr. weiße Rod. inländ. 190 Mk. transit 177 Mk. Futter-inländ. 170 Mk. transit 155 Mk. bei.
Wicken per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. 162—165 Mk. bei.
Hafer per Tonne von 1000 Agr. inl. 162—165 Mk. bei.
Rüben loco per Tonne von 1000 Kilogr. russ. Sommer-210 Mk. bei.
Dattler per Tonne von 1000 Agr. russ. 170 Mk. bei.
Espiritus per 1000 Liter contingentirt loco 70 1/2 Mk. Bd., per November 69 Mk. Bd., per Januar-Mai 69 1/2 Mk. Bd., nicht contingentirt 51 Mk. Bd., per Novbr. 49 1/2 Mk. Bd., per Januar-Mai 50 Mk. Bd.
Rohrucker rubig, Rendement 85% Transilpreis franco Neufahrwasser 14.60 bis 14.00 Mk. Bd., per 50 Agr. incl. Sach.
Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Danzig, 28. November.
Getreidebörse. (S. v. Morlein.) Wetter: Trübe, regnerisch. Temperatur +10° R. Wind: NW.
Weizen. Inländischer wie Transilweizen bei kleinem Verkehr unverändert im Werthe. Bezahlt wurde für inländischen hellbunt 121 1/2 238 Mk., weiß 120 1/4 238 Mk., 125 1/2 241 Mk., 127 1/2 243 Mk., Sommer-128 1/2 240 Mk. für polnischen zum Transit bunt 123 1/2 188 Mk., bunt gelassig 122 1/2 190 Mk., guibunt 125 1/2 196 Mk. für russischen zum Transit roth gelassig 126 1/2 190 Mk. per Tonne.
Termine: Novbr.-Debr. zum freien Verkehr 243 Mk. Br., 242 Mk. Bd., transit 194 1/2 Mk. bei, Dezember-Januar zum freien Verkehr 242 Mk. Br., 241 Mk. Bd., Januar-Februar zum freien Verkehr 242 Mk. Br., 241 Mk. Bd., Febr.-März transit 199 Mk. Br., 198 Mk. Bd., April-Mai zum freien Verkehr 239 Mk. Br., 238 Mk. Bd., transit 201 Mk. Br., 200 Mk. Bd. Regulirungspreis zum freien Verkehr 240 Mk. transit 196 Mk.
Roggen höher. Bezahlt ist inl. 121 1/2 242 Mk., 123 1/2 245 Mk., 117 1/2 248 Mk. Alles per 120 1/2 per Tonne. Termine: Novbr.-Debr. inländischer 241 Mk. bei, transit 194 Mk. bei, April-Mai inländischer 232 Mk. Bd., transit 200 Mk. Br., 199 Mk. Bd. Regulirungspreis inländisch 246 Mk. unterpolnisch 196 Mk. transit 155 Mk. — Gerste flauer. Bezahlt ist inl. große 100 1/2 170 Mk., 104 1/2 175 Mk., 108 1/2 177 Mk., 113 1/2 182 Mk., Chevalier 111 1/2 185 Mk. per Tonne. — Hafer inl. 162, 165 Mk. per Tonne bei. — Erbsen inländische Rod-190 Mk., Futter-170 Mk. poln. zum Transit Rod-177 Mk., Futter-155 Mk. per Tonne gehandelt. — Wicken inl. 160 Mk. per Tonne bei. — Weizenbohnen polnische zum Transit 192 Mk. per Tonne gehandelt. — Rüben russ. zum Transit Sommer-210 Mk. per Tonne bezahlt. — Dattler russ. zum Transit 170 Mk. per Tonne gehandelt. — Senf russ. zum Transit braun 130, 145 Mk. per Tonne bezahlt. — Espiritus contingentirt loco 70 1/2 Mk. Bd., per Dezember 69 Mk. Bd., per Jan.-Mai 69 1/2 Mk. Bd., nicht contingentirt loco 51 Mk. Bd., per Debr. 49 1/2 Mk. Bd., per Januar-Mai 50 Mk. Bd.

Butter.

Berlin, 27. November. Wochen-Bericht von Gebrüder Lehmann u. Co. Wegen fortgesetzter knapper Zufuhr in früherer seiner Waare ist die Notirung für solche wieder um 3 Mk. erhöht worden.
Die hiesigen Verkaufspreise sind (alles per 50 Kilogramm): Für feine und feinste Sahnenbutter von Gütern, Milchpflanzungen und Genshensbutter: la. 118, 120 Mk., IIa. 115—117 Mk., IIIa. 111—114 Mk., abfallende 105—110 Mk. — Candibutter: preussische und Ostpreussische 92—97 Mk., pommerische 92—97 Mk., baltische 90—95 Mk., polnische 90—93 Mk., baltische Rand-90—95 Mk., gelassig 75—82 Mk.

Productenmärkte.

Stettin, 27. Novbr. Getreidemarkt. Weizen fester, loco 225—230, per November 235.30, per April-Mai 230.50. — Roggen fester, loco 226—231, per Novbr. 244.00, per April-Mai 236.50. — Vomerischer Hafer loco neuer 167—173. — Rübsl unveränd., loco per Nov. 61.50, per April-Mai 61. — Espiritus fest, loco ohne 50 Mk. Consumsteuer — 70 Mk. Consumsteuer 52.30, per November 51.60, per April-Mai 52.00. — Petroleum loco 11.10.
Berlin, 27. November. Weizen loco 225—237 Mk., gelb russischer 225.50 Mk. ab Bahn, per Novbr. 231.50—232.25 Mk., per Novbr.-Dez. 230.25—231.25 Mk., per Debr.-Jan. 230.25—231.25 Mk., per April-Mai 229—228.75—229.50 Mk. — Roggen loco 233—243 Mk., guter inländ. 237—239 Mk. a. B., per Novbr. 241—241.50 Mk., per November-Dezember 240—220.75 Mk., per April-Mai 237—237.75—237.50 Mk. — Hafer loco 164—180 Mk., ost- und westpreussischer 165—171 Mk., pommerischer und ughermärk. 165—172 Mk., inländischer 166 bis 171 Mk., feiner inländischer 172—174 Mk. ab Bahn, per Novbr. 168 Mk., per Novbr.-Debr. 168—167.75 Mk., per April-Mai 175.50—175 Mk. — Mais loco 163—175 Mk., per November 167.50 Mk. nom., per November-Dezember 164 Mk. nom., per April-Mai 137 Mk. — Gerste loco 160—210 Mk. — Kartoffelmehl per Novbr. 37.75 Mk. — Trockene Kartoffelstärke per Novbr. 37.25 Mk. — Feuchte Kartoffelstärke per November 21.25 Mk. — Erbsen loco Futtermaße 185—195 Mk., Roggenmaße 200—250 Mk. — Weizenmehl Nr. 00 32.00—30.50 Mk., Nr. 9 28.50—28.50 Mk. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 33.00—32.00 Mk., ff. Marken 35.00 Mk., per Novbr. 33.05—33.10 Mk., per Novbr.-Debr. 32.95—33.00 Mk., per Debr.-Januar 32.95 bis 33.00 Mk., per Januar-Februar 32.95—33.00 Mk., per April-Mai 32.70 bis 32.75 Mk. — Petroleum loco 23 Mk., per Novbr.-Dezember 23.2 Mk., per Debr.-Jan. 23.4 Mk. — Rübsl loco ohne 60.5 Mk., abgelassene Anmelbung von gestern 61.1 Mk., per Novbr. 61.3 Mk., per Novbr.-Debr. 61.3 Mk., per April-Mai 61.1 Mk. — Espiritus ohne 50 Mk. unversteuert (50 Mk.) 72.2 Mk., loco unversteuert (70 Mk.) ohne 52.7 Mk., per Novbr. 52.7—52.3—52.4 Mk., per November-Dezember 52.5—52.2—52.3 Mk., per Dezember-Januar 52.6—52.2—52.3 Mk., per Januar-Februar 52.6—52.2—52.3 Mk., per April-Mai 53.6—53.4 Mk., per Mai-Juni 53.7—53.3—53.5 Mk., per Juni-Juli 54—53.6—53.8 Mk., per Juli-August 54.5—54.1—54.3 Mk.

Magdeburg, 27. Nov. Zuckerbericht. Kornruher excl. von 92% 18.80, Kornruher excl., 88% Rendement 18.05. Nachprodukte excl., 75% Rendement 16.00. Fest. Brodraffinade I. 28.75. Brodraffinade II. 28.25. Gem. Raffinade mit 50% 29.00. Gem. Mehl I. mit 50% 27.75. Fein. Rohruher I. Product Transito f. a. B. Hamburg per Nov. 14.27 1/2 Bd., 14.32 1/2 Br., per Debr. 14.37 1/2 bei. u. Br., per Januar 14.52 1/2 Bd., 14.55 Br., per Januar-März 14.65 bei. u. Br. Rohruher. — Wochenumlauf im Rohruhergeschäft 426.000 Ctr.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 27. November. Wind: W.
Gesegelt: Jacoba (G.D.), Witt, Königsberg, Güter. 28. November. Wind: NW.
Angelommen: Einigkeit (G.D.), Sünder, Stolpmünde, Sieringe.

Nichts in Sicht.

Thorn Weichsel-Rapport.

Thorn, 27. November. Wasserstand: +0.27 Meter. Wind: W. Wetter: trübe.
Stromauf:
Von Danzig nach Thorn: Wukowski, Arahn, Sticksalter.
Von Thorn nach Wloclawek: Engelhardt (mit zwei Rähnen), Sommerfeld und Rudnicki.
Stromab:
Engelhardt, Niesjama, Thorn, leer.

Druck und Verlag,
von A. W. Rafemann in Danzig
Hierzu eine Beilage.